



Helvetische Bank

 Die Bank für Unternehmer

 Seefeldstrasse 215, 8008 Zürich

 Tel. 044 204 56 00

 www.helvetischebank.ch

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

 PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik <i>Gender-Ideologie: Nur die SVP hält dagegen</i> <i>von Nina Fehr Düsel</i> Seite 2	Kanton Zürich <i>Interkontinentalflug mit Turbulenzen</i> <i>von Camille Lothe</i> Seite 3	Aktuell <i>Staatliche Umerziehung für 335 Franken im Jahr</i> <i>von Tobias Infortuna</i> Seite 4–5	Parlamentsgemeinden <i>Volksschule als linker Kampfplatz</i> <i>von Samuel Balsiger</i> Seite 6	Veranstaltungs-Tipp <i>Verdichtung und Migration</i> <i>mit Gregor Rutz</i> Seite 8
---	--	---	---	---

«TRANSPARENZ-INITIATIVE» UND IHRE UMSETZUNG

Gute Absichten sind nicht dasselbe wie gute Resultate

Am 22. Oktober 2023 finden die eidgenössischen Wahlen statt. Erstmals greifen neue Vorschriften, die angeblich Transparenz über die Finanzierungsströme bringen sollen. Sie gehen auf eine linke Volksinitiative zurück, die zurückgezogen wurde, bevor sich der eidgenössische Stimmbürger dazu äussern konnte.

Gross sind die Erwartungen der Bevölkerung, den politischen Akteuren in die Bankkonten zu blicken. Davon zeugen die zahlreichen deutlichen Ergebnisse zu linken Transparenz-Initiativen in diversen Kantonen und Städten. Gewisse politische Kreise schüren geradezu das Narrativ, in der Schweizer Politik würde einseitig gemauschelt. In dieses Klischee passt diese Volksinitiative, die vom eidgenössischen Parlament so umgesetzt wurde, dass die Volksinitiative zurückgezogen wurde. Insbesondere die FDP brachte nicht die Kraft auf, sich diesen oberflächlich hehren Zielen entgegenzustellen, so als wären neue Vorschriften eine liberale Haltung. Zuständig für die Kontrolle ist die Eidgenössische Finanzkommission (EFK), also die Revisionsstelle des Bundes. Allein zu diesem Zweck wurde sie mit Ressourcen in der Höhe von 2,1 Mio. ausgestattet.

Bloss heisse Luft

Doch gute Absichten sind nicht das Gleiche wie gute Resultate. Indem Sachleistungen getätigt werden, Zuwendungen gestückt oder Drittpersonen wie den Ehepartner oder eine juristische Person dazwischengeschaltet

werden, lassen sich die Offenlegungspflichten leicht unterlaufen. Aus Deutschland kennen wir das Beispiel der Parteistiftungen, die Parteispenden auf wunderbare Art und Weise neutralisieren können. Grosse Mittelzuflüsse lassen sich auf mehrere Personen aufteilen, um unter dem Schwellenwert zu bleiben. Insofern sind diese neuen Regeln im Gesetz über die politischen Rechte und in der neuen Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung heisse Luft und dürften vor allem den Befürwortern ein gutes Gewissen verschaffen.

Ein Anti-Zürich-Gesetz

Die Rechtsfolgen greifen sowohl bei Kandidaten als auch bei Sachabstimmungen nur auf eidgenössischer Ebene und ausschliesslich bei Überschreiten der Aufwandsgrenze von 50 000 Franken. Weil die Wahl für einen Ständeratssitz kantonal geregelt ist, muss dann nur der effektiv gewählte Ständerat, da nun eidgenössischer Parlamentarier, nach dem Wahltag Rechenschaft über seine Kampagnengelder ablegen. Da nur Parlamentskandidaten der grossen Kantone auf solche Ausgabenhöhen kommen dürften – im Kanton Obwalden kostet beispielsweise ein Flyerversand in alle Haushaltungen 2500 Franken – kann man durchaus von einem Anti-Zürich-Gesetz sprechen.

Zahllose Umgehungsmöglichkeiten

Politische Parteien auf Bundesebene müssen neu seit dem laufenden Kalen-

derjahr 2023 alle Grossspender ab 15 000 Franken melden. Wer hingegen diese Summe beispielsweise der kantonalen SVP spendet, wird nicht der EFK gemeldet, sofern dies als allgemeine Zuwendung oder für eine kantonale Kampagne dienen soll. Die Meldepflicht wird ausgelöst, sobald die Spende nationalen Politikgeschäften dient.

Das Gesetz erfasst also nur die nationalen Parteien und die eidgenössischen Wahl- und Abstimmungsvorgänge zur Offenlegung ihrer Finanzierung, nicht aber ihre einzelnen kantonalen oder kommunalen Sektionen, ja auch nicht ihre kantonalen Jungparteien. Mit dem Vermerk, wonach die Zuwendung nur kantonalen oder kommunalen Wahlen und Sachgeschäften diene, lässt sich also ohne Risiko der Zürcher SVP, ihrer Bezirks- oder Ortssektion oder der Jungen SVP des Kantons Zürich ein höherer Betrag als 15 000 Franken pro Jahr überweisen.

Kein Mensch dürfte den Überblick über die Folgen haben. Zahlreiche Detailfragen sind offen. Offen bleibt auch, ob die Buchhaltungen so geführt werden können, dass pauschale Spenden korrekt zugewiesen werden können. Der Kandidat, die Kampagnenführenden und die Parteifunktionäre stehen also immer mit einem Bein im Gefängnis.

Die Agenda der Initianten

Insbesondere den Abstimmungskämpfen kommt in unserer direkten Demokratie eine zentrale Funktion zu. Das



Die Transparenzregeln schaffen keine Transparenz. Die Demokratie wird zunehmend durch intransparente NGOs beeinflusst.

Bild: United States Mission Geneva/Flickr.com

macht bei uns bekanntlich nicht der Staat und sollte auch keinesfalls eine staatliche Aufgabe werden. Wer Gefahr läuft, geoutet zu werden, eine bestimmte Sache oder Person zu unterstützen, dürfte mit den grosszügigen Spenden etwas zurückhaltender umgehen. So besteht die Gefahr, dass sich die Beiträge an die Parteien und die Abstimmungskomitees verringern.

Verfügen die Abstimmungsorganisatoren über weniger Geld, ertönt unweigerlich der Ruf nach staatlicher Parteienfinanzierung. Wollen die Schweizer mit ihren Steuergeldern tatsächlich die SVP, die Grünen oder die Abstimmungskampagne für oder gegen die Begrenzungsinitiative sponsern? So sind wir wieder bei den privaten Spendern.

Und so läuft diese Initiative auf eine staatliche Parteienfinanzierung hinaus. Das ist die Agenda der Initianten. Etwa so wie in Deutschland, wo im Jahre 2019 für alle Parteien zusammen 193,5 Millionen Euro ausbezahlt wurden. Der Blick ins Ausland ist dennoch

nicht hilfreich, dort herrscht bekanntlich überall ein völlig anderes politisches System ohne Volksabstimmungen. Im Vergleich mit anderen Staaten dürfte es sich bei uns ohnehin um bescheidene Summen und effizient eingesetzte Gelder handeln.

Motiv der regulierungsfreudigen Mehrheit des Parlaments ist nach deren Bekunden die Stärkung des Vertrauens in die Politik. Aber gerade diesbezüglich hinkt der Vergleich mit dem Ausland besonders schwer: In den Ländern des Europarates herrscht angebliche Transparenz mit ähnlichen Vorschriften, gleichzeitig dürfte das Misstrauen gegenüber der Politik erheblich grösser sein als hier bei uns. Das rührt natürlich unter anderem daher, dass auch deren Vorschriften voller Umgehungsmöglichkeiten sind. Wo immer auf der Welt derartige Melderegeln eingeführt wurden, hat das ja nicht zu mehr Offenheit bei den Geldflüssen geführt, sondern zu regelmäs-

Fortsetzung Seite 2



Barbara Steinemann

 Nationalrätin SVP

 Regensdorf-Watt



Mythos macht Mut

 Erleben Sie hautnah ein Stück Schweizer Geschichte!

Einladung

 zur Bundesfeier

 31. Juli 2023, 14 Uhr

 Tellspielareal

 Matten bei Interlaken



 QR-Code scannen und anmelden

Jetzt unserem WhatsApp-Chat beitreten und nichts mehr in Bezug auf die Wahlen verpassen!



 Infokana SVP KE ZH SR/HR-Wahlen 23

 078 499 4999

GOAL GLOSSAR

Mobilisierung

Mobilisierung

 <lat.> mobilis – «beweglich», «biegsam»

 Damit unsere Kunden den grösstmöglichen Erfolg erzielen, muss die definierte Zielgruppe mobilisiert, also dazu bewegt werden, im gewünschten Sinne abzustimmen oder zu wählen. Deshalb sind unsere Kampagnen so gestaltet, dass sie den Adressaten bewegen und nicht spurlos an ihm vorbeigehen.

 Wir freuen uns auf Sie!

 Alexander Segert, Geschäftsführer

 8450 Andelfingen/ZH, Tel. 043 499 24 00

 info@goal.ch, www.goal.ch



 AG für Werbung und Public Relations

 Wir wollen Ihren Erfolg



Christoph Mörgeli

Neuer Posterboy im «Sonntagsblick»

Auf sieben Seiten liess die Redaktion ihrer Begeisterung freien Lauf. Der Sonntagsblick feierte den Kurzzeit-Putschisten Jewgeni Prigoschin wie einen Popstar. Der Chef der Wagner-Söldner lasse «den Kreml zittern» und stürze Russland möglicherweise «ins Chaos». Der Sonntagsblick war ganz aus dem Häuschen, weil Prigoschin die Legende aller «Putin-Versteher, Neutralitätsdogmatiker und «Pazifisten» aller Couleur zerstöre», wonach der russische Präsident «für Stabilität stehe».

Da, wo der Sonntagsblick sonst mit Francine Jordi und Beatrice Egli, Luca Hänni und Christina Luft, DJ Bobo und Stefanie Heinzmann renommiert, sollen wir uns jetzt an Prigoschin erfreuen. Dabei war dieser doch bei Ringier eben noch «Putins Scherge», ein «zweilichtiger Geschäftsmann» und «krimineller Würstchenverkäufer». Oder auch der «Chef der berühmten Wagner-Truppe», der «wirre Statements» absanderte und vor «peinlichen Videos» mit «Uralt-Waffen» posierte. Seine Sippe nannte der Blick die «Protz-Prigoschins», die «im Luxus schwelgen».

Warum ist Prigoschin plötzlich der Liebling, der Posterboy des Sonntagsblicks? Und warum haben sich die links-woken Journalisten dieses Blattes früher über den Rocker Göla als Posterboy immer etwas geschämt, während sie sich heute über den Posterboy Prigoschin überhaupt nicht schämen? Die Antwort gibt der Chefredaktor höchstselbst: Putin ist schlimmer als Prigoschin. Und die Neutralisten, Friedenstauben und «Putin-Versteher» sind noch schlimmer. Am schlimmsten aber ist für den Sonntagsblick – unausgesprochen – die Weltwoche. Denn dort hat Kurt W. Zimmermann eben aufgezeigt, dass der Sonntagsblick vom «Riesenblatt» zum «Zwergenblatt» abgestürzt ist. Weil man auf Teufel komm raus eine Zeitung «in der roten Ecke» machen wollte. Inklusiv «pathologische Obsession gegen die SVP» und Anpreisung der «Glückseligkeit der ungebremsten Zuwanderung». Allein der letzte Chefredaktor hat 260 000 Leser verloren. Jetzt titelt sein Nachfolger: «Harte Zeiten für Putin-Versteher». Vielleicht sind es auch harte Zeiten für den Sonntagsblick.

Fortsetzung von Seite 2

sigen Transparenzregelskandalen. Hier wie anderswo sind die Umgehungsmöglichkeiten vielfältig: Sachleistungen, Stückelung der Beiträge in zeitlicher Hinsicht oder auf mehrere Personen verteilt oder Drittpersonen, Vereine, Stiftungen usw. dazwischenzuschalten.

Verlässliche Informationen an die Stimmbürger wären wichtiger

In der Schweiz sind derartige Regeln weniger wichtig als anderswo. In der Landesregierung sind konstant vier grosse Parteien vertreten, die sich gegenseitig kontrollieren. Keine Partei ist in der Lage, allein die Macht zu übernehmen, und wechselnde Koalitionen sind uns fremd. Weil sich das Volk nicht kaufen lässt, sind der gesunde Menschenverstand und eine korrekte Information der Stimmbürger weitaus wichtiger.

Promotoren dieser Regulierung sind vorab all jene, die sich widersprüchlicherweise für ein ganz strenges Datenschutzrecht ins Zeug gelegt haben. Diese Eingriffe in die Privatsphäre hingegen sollen legitimiert werden. Und wer Durchsichtigkeit bei den Bankkonten der politischen Akteure fordert, müsste konsequenterweise dasselbe bei der Verwendung der Steuergelder verlangen: Bei den Millionen und Milliarden für die Sozialindustrie, in der Kultursubventionierung, dem Fördergelder-Dschunzel und vielem mehr. Wenn die Linken von Transparenz reden, meinen sie im besseren Fall Neugierde: Sie möchten Einblick erhalten in die Finanzflüsse von Konkurrenten, von Unternehmen oder Organisationen. Im schlechteren Fall ist es aber die Absicht, gewisse Kreise zu stigmatisieren, um Spender an den Gegner in ein schlechtes Licht zu rücken. Das ist Gift für unser politi-

ches System. So droht schliesslich unsere vergleichsweise günstige, privat finanzierte Staatsform zu einem System der staatlichen Parteienfinanzierung zu werden.

Linke werfen mittlerweile mit mehr Geld um sich

Noch 2011 beklagte eine politische Studie, die Linke hätte in Wahl- und Abstimmungskämpfen stets gegen eine finanzielle Übermacht der Bürgerlichen zu kämpfen. In ihrem Buch «Wer finanziert die Schweizer Politik?» kamen zwei Wirtschaftswissenschaftler zum Schluss, dass sich das Blatt im letzten Jahrzehnt fundamental zugunsten der Linken und Grünen geändert habe.

NGOs und Gewerkschaften haben Wirtschafts- und Branchenverbände als wichtigste Finanzierungsquellen von Abstimmungskampagnen abgelöst. Sie schätzten die Höhe der Mittel, die im

Wahljahr 2019 in politische Kampagnen flossen, auf 100 Millionen Franken, wovon 69 Millionen von Einzelpersonen und nur 24 von Firmen stammten. Der Rest, also nur 7 bis 10 Millionen, stammten direkt und indirekt vom Staat. Im Jahr 2020 kamen noch rund 63 Millionen Franken zusammen, davon 40 von Einzelpersonen, 19 von Firmen und 9 flossen vom Staat, das meiste davon im Kampf um die Konzernverantwortungsinitiative.

Transparenzregeln entsprechen einem opportunistischen Zeitgeist und wecken die Illusion der Stärkung der Demokratie.

Ihre Protagonisten trauen den Leuten nicht zu, dass sie als erwachsene Menschen selber beurteilen können, wenn sie ihre Stimme geben. Kein Stimmbürger muss genau wissen, wer einen Teil einer Kampagne finanziert, um sich ein Urteil über seine Stimmabgabe zu bilden.

GENDER-IDEOLOGIE

Eine «queere» Welt?

Die radikale Gender-Ideologie ignoriert die Rechte der Mehrheit. Ihre Anhänger verbreiten diese absurde Ideologie mit missionarischem Eifer. Besonders aktiv sind sie an Schulen und Universitäten. Nur die SVP stellt sich ihnen bislang entgegen.



Nina Fehr Düsel
Kantonsrätin SVP
Küsnacht

Viele Medien und selbsternannte «Eliten» haben sich der Gender-Ideologie verschrieben. Sie zelebrieren eine Welt, die behauptet, das Geschlecht eines Menschen sei kein biologisches Merkmal, sondern eine soziale Konstruktion, die beliebig verändert werden kann.

Die kleine Minderheit der «Non-Binären» (weder Mann noch Frau) wird moralisierend zur Normalität erhoben. Und wir, die grosse Mehrheit, die wir naturgegeben Mann oder Frau sind, sollen die Non-Binären nicht nur tolerieren, was an sich ja kein Problem ist, sondern sie als Vorbilder bewundern und gar belohnen – wie Kim d'Horizon mit dem Literaturpreis. Und wir sollen ihnen Vorrechte einräumen – nach den separaten Toiletten nun auch noch «queere» Grabfelder.

Selbst operativ soll nachgeholfen werden

Gemäss Gender-Ideologie kann ein Knabe ein Mädchen sein, und ein Mäd-

chen kann ein Knabe sein. Zudem kann ein Knabe zugleich Knabe und Mädchen sein – und umgekehrt, wenn «es» sich als nicht-binäre Persönlichkeit empfindet. Falls der Knabe oder das Mädchen dann den Drang verspürt, die eigenen Geschlechtsteile anatomisch zu wechseln, steht einem operativen Eingriff nichts im Weg. Diese Menschen werden dann Transsexuelle oder Transgender genannt. Bald sollen diese diversen Kombinationen in Schweizer Pässen berücksichtigt werden. Und in vielen Kundendaten der Unternehmen wird es ebenfalls kompliziert werden.

Erst kürzlich kam ein Fall ans Tageslicht, wobei eine 13-Jährige sich in Kalifornien auf Anraten der Ärzte die Brüste wegoperieren liess und nun Schadenersatz seitens der Ärzteschaft verlangt. Es ist wahrlich verantwortungslos, dass eine derart junge Person, welche erst in die Pubertät kommt und ihre «sexuellen Neigungen» vielleicht nochmals mehrfach ändert, bereits einer Operation unterzogen wurde.

Gendern in der Volksschule

Auch in der Schweiz sollen bereits Schulkinder die queere Ideologie kennenlernen und mit Gendertagen und anderweitig für die ihnen ferne Geschlechterideologie «sensibilisiert» werden. Es wer-

den Geschlechterrollen getauscht, und die verunsicherten Kinder sollen sich äussern, ob sie sich wirklich als Knabe oder doch eher als Mädchen fühlen.

Und ausgerechnet in der Pestalozzi-Bibliothek bestreiten Dragqueens – als Frauen verkleidete Männer – eine Vorlesestunde. Mir käme es nie in den Sinn, mit meinen Kindern eine solche Vorstellung zu besuchen. Die Schule muss doch Grundlagen vermitteln und die Freude am Lernen wecken, statt – freilich behaupteten – gesellschaftlichen Trends und Ideologien nachzulaufen. An Schweizer Universitäten findet schon länger eine «Genderisierung» der Sprache – und damit auch eine Sprachzerstörung – statt. Gendern darf keinesfalls einen Einfluss auf die Notengebung haben.

Mit der Schaffung von Gender-Studiengängen erfolgt eine wissenschaftliche Segnung und Daseinsberechtigung der Ideologie. Ignorante Bildungsdirektoren und politische Mitschwimmer lassen es ausserdem zu, dass die Gender-Ideologie von Pädagogen und Jugendsozialarbeitern in die Volksschulen getragen wird.

Die einzige politische Partei, welche sich bisher dagegen wehrt, ist die SVP. Sie braucht die Unterstützung von Bürgern und Eltern auf lokaler Ebene und

in der Schulpflege, damit diesem Phänomen Einhalt geboten werden kann.

Die SVP hält dagegen

Die «queere» Welt ist, ganz im Sinn des englischen Ausdrucks «queer», wirklich «verrückt» geworden. Ich hoffe sehr, dass es noch genügend Eltern, Lehrer, Schulbehörden, Politiker, Parteien und Leute mit gesundem Menschenverstand gibt, welche dafür sorgen, dass die verrückte Gender-Ideologie, die zunehmend diktatorisch auftritt, wieder der Vernunft Platz macht. Wir sind es unseren Kindern und Kindeskindern schuldig. Sie kommen noch genug früh damit in Kontakt. Die SVP muss dieses Thema unbedingt weiterverfolgen und auf den Boden der Tatsachen bringen.



Die Trans-Bewegung tritt zunehmend missionarisch auf. Im Bild: «Dragqueen Story Hours» sollen die Kinder für «Gender-Fluidität» sensibilisieren.

Bild: Flickr.com/San José Public Library

ENERGIEPOLITIK

Windkraft-Exzesse verhindern

Als gute Demokraten müssen wir die verlorene Volksabstimmung zum Stromfresser-Gesetz akzeptieren. Es gilt jedoch, die schlimmsten Exzesse zu verhindern, was Widerstand gegen riesige Windkraftträder bedeutet.



York-Peter Meyer
Finanzexperte
SVP Küsnacht

Klimaschützer um den grünen Regierungsrat Martin Neukom wollen an zahlreichen Orten im windarmen Kanton Zürich riesige Windkraftträder errichten. Diese sollen eine Höhe von 235 Metern erreichen, also mehr als drei Mal so



Die Baudirektion plant im Kanton Zürich bis zu 120 Windräder – oft in Siedlungsnähe. Bild: Baudirektion Kanton Zürich

hoch wie der Uetliberg-Aussichtsturm, der 72 Meter misst. Die Auswirkungen auf die Landschaft wären offensichtlich. Auch würden viele Vögel und Fledermäuse nicht überleben. Zu jeder Anlage müsste eine Zufahrtsstrasse durch den Wald gebaut werden, jeder Betonsockel hätte ungefähr die Grösse eines Fussballplatzes, und Eisabfall und oszillierender Schattenwurf würden den Anwohnern ebenfalls schaden.

Einige Gemeinden wehren sich

In mehreren Zürcher Gemeinden wurden bereits Einzelinitiativen eingereicht, die die kommunale Bauordnung verbessern sollen. Eine entsprechende Initiative war in Hagenbuch erfolgreich. Hombrichtikon und Stäfa folgten. Konkret wird ein Abstand von 700 Metern zwischen Windkraftanlagen von über 30 Metern Nabenhöhe (die Nabe ist der Mittelpunkt des Rotors) und bewohnten Gebäuden verlangt. Auch in Küsnacht hat jetzt Kantonsrätin und Nationalratskandidatin Nina Fehr Düsel zusam-

men mit dem örtlichen Vorstand der SVP eine solche Initiative eingereicht. Übrigens hat das Bundesgericht kürzlich die Rechtmässigkeit derartiger kommunaler Bestimmungen bestätigt. Wichtig ist, dass diese Initiativen keineswegs Windenergie verbieten, sondern nur für sehr grosse Anlagen einen Mindestabstand von 700 Metern fordern. Kleine und mittlere Anlagen sind davon nicht betroffen. Sogar im windenergiebegeisterten Deutschland gelten fast überall grössere Mindestabstände, z.B. 1000 Meter im grössten Bundesland Nordrhein-Westfalen oder in Bayern sogar das Zehnfache der Höhe des Windrades.

Wer möchte sich anschliessen?

Auch andere Ortsverbände können solche Initiativen einreichen. Gemäss dem kantonalen Bürgerrechtsgesetz genügt in Gemeinden ohne Parlament eine einzige Unterschrift, um eine Einzelinitiative zur Anpassung der Bauordnung einzureichen.

Diese führt zu einer Abstimmung in der Gemeinde. Ein Textvorschlag auf der Basis von Therese Schläpfers Initia-

tive ist beim SVP-Kantonssekretariat erhältlich.

Vergleich Klima- mit Covid-Politik

In Bezug auf Covid befand die SVP sich bis Anfang letzten Jahres in einer ähnlichen Situation wie heute beim Klimaschutz. Wir hatten vor anderen erkannt, dass die Covid-Massnahmen teilweise notwendig, aber häufig übertrieben oder unwirksam waren. Schlagartig haben Anfang 2022 jedoch alle anderen Parteien in Bezug auf Covid unseren Standpunkt übernommen. Oder kennen Sie, lieber Leser, eine Partei, die auf ihren Versammlungen heute noch Impfnachweise verlangt? Masken? Mindestabstände? Dabei haben wir bis heute keine einzige Covid-Volksabstimmung gewonnen. Margaret Thatcher stellte einst fest, dass die grössten politischen Siege dann erreicht werden, wenn der politische Gegner den eigenen Willen übernimmt und verinnerlicht. Das ist bei Covid Anfang letzten Jahres so schlagartig gelungen, dass wir es vielleicht kaum bemerkt haben.

Wir werden ja sehen, wie lange die Schweiz exzessiven Klimaschutz noch guthesst, weil es angeblich Konsens unter Wissenschaftlern gäbe.

AUS DEM KANTONS RAT

Gute Noten für die Voten der SVP

An der Doppelsitzung des Kantonsrates vom vergangenen Montag konnten für einmal zahlreiche Geschäfte erledigt werden, da sich der Redebedarf der Parteien in Grenzen hielt. Auf der Traktandenliste standen die Ombudsstelle, Bildungsthemen, die Gebärdensprache, diverse Wahlen und Diversität.



Tobias Infortuna
Kantonsrat SVP
Egg b. Zürich

Als erstes stand an diesem Montag der Tätigkeitsbericht 2022 der Ombudsstelle auf der Traktandenliste. Der Präsident der Geschäftsprüfungskommission betonte, wie wichtig das Vertrauen gegenüber der Ombudsstelle und deren Unabhängigkeit sei. Sie stehe stets unter hohem Druck, was anschliessend auch Ombudsmann Jürg Trachsel (SVP) bestätigte. Immer wieder komme es zu Kontakten mit wütenden Bürgern, um die sich jeweils mit viel Fingerspitzengefühl zuerst die Kanzlei und danach die Juristen mit insgesamt 430 Stellenprozenten zu kümmern haben. René Isler (SVP) lobte die souveräne Arbeit der Ombudsstelle. Der Bericht wurde einstimmig genehmigt.

Teure Früherziehung

Die Interpellation von linker Seite namens «Notstand in der Versorgung mit Heilpädagogischer Früherziehung» ergab in der Antwort von Bildungsdirektorin Silvia Steiner, dass trotz gelegentlicher Wartezeiten kein Notstand besteht. Interessanter waren aber folgende Informationen: Rund 4100 Kinder werden im Kanton Zürich jährlich bereits im Vorschulalter sonderpädagogisch betreut. Tendenz steigend. Dafür werden 57 Vollzeitstellen und freiberufliche Heilpädagoginnen beschäftigt, die mit 181 Franken pro Stunde plus Wegpauschale entschädigt werden. Die linke Seite fand das natürlich zu knauserig. Marc Bochsler (SVP) brachte in seinem feurigen Votum richtigerweise zur Sprache, dass auch in diesem Bereich das Hauptproblem die Massenzuwanderung ist. Das System kommt aus

diesem Grund an den Anschlag. Umso wichtiger seien Eltern, die sich selbst um die Erziehung ihrer Kinder kümmern. Zahlen zur Nationalität der betreffenden Schüler wurden von der Bildungsdirektion leider nicht geliefert.

Wichtige Schulnoten

Danach ging es um die Einreichung der Parlamentarischen Initiative «Kein Verzicht auf Schulnoten». Diese wurde von den Bürgerlichen unterstützt. Die linksgrüne Seite hingegen möchte Noten und Zeugnisse lieber abschaffen, denn Linke sind bereits zufrieden, wenn jemand die Buchstaben und Zahlen tanzen kann. Vielleicht hatten sie früher als Schüler aber auch Angst vor dem Zeugnis, man weiss es nicht genau.

Diverses und Diversität

Bei der Änderung des Fachhochschulgesetzes ging es darum, den Zusammenschluss der Fachhochschulen durch separate Zulassungen zu ersetzen.

Doch die strittigen Punkte lagen im Detail. So betonte der Antrag des Regierungsrates die Diversität, während die SVP den Begriff Chancengerechtigkeit bevorzugt hätte. Doch der von Paul von Euw (SVP) eingebrachte Minderheitsantrag blieb leider ohne Erfolg. Weiter ging es mit der Diskussion zur Einführung der Gebärdensprache im Kantonsrat. Diese Einzelinitiative wurde ohne Unterstützung der SVP klar überwiesen. Ohne Überraschungen verliefen die Wahlen für die Berufsbildungskommission, den Bildungsrat, den Verwaltungsrat EKZ, den Aufsichtsrat SVA, das Steuerrekursgericht und das Baurekursgericht, bei denen zahlreiche SVP-Vertreter gewählt wurden.

Weil zwei dieser Wahlen geheim durchgeführt wurden, dauerte das Auszählen eine kleine Ewigkeit, weshalb die Sitzung am Nachmittag hauptsächlich aus Pausen bestand. Das war aber nicht so schlimm, denn im Pausenmachen waren viele Kantonsräte schon zur Schulzeit immer am besten.



Die ZHAW in Winterthur setzt auf «Diversität» statt Chancengleichheit.

Bild: Wikipedia

WORTE DER PRÄSIDENTIN DER SVP STADT ZÜRICH

Wochenplanung eines Klima-Aktivisten:
Montag Klebeaktion, Donnerstag Flug nach Mexiko

Max Voegtli, der Sprecher der Klimasekte Renovate Switzerland, wurde letzte Woche beim Langstreckenflug nach Mexiko ertappt. Er möchte anderen verbieten, was er sich selber grosszügig gönnt. Die Berufsaktivisten, denen es weder an Geld noch an Freizeit mangelt, sollen endlich für ihren Schaden aufkommen.

Vergangene Woche sassen wir noch gemeinsam im Studio von «TeleZüri». Mit Max Voegtli, Sprecher von Renovate Zürich, debattierte ich über die ständigen Klebeaktionen seiner Organisation. Wie eine Gouvernante wiederholte Voegtli fast schon in Dauer-schleife die Notwendigkeit eines Klimanotstands. Die Dringlichkeit der Klimakrise liesse ihm keine andere Option als den zivilen Widerstand. Er sei sogar bereit, ins Gefängnis zu gehen. Obwohl, so dringend kann es doch nicht sein. Immerhin flog Max Voegtli zwei Tage später über Paris in die Ferien nach Mexiko.

Grundsätzlich spricht nichts gegen Ferien in Mexiko. Ich kann eine Reise nur empfehlen. Problematisch, gar heuchlerisch, wird es jedoch im Fall des Klima-Aktivisten. Max Voegtli repräsentiert Renovate Switzerland nicht nur als Mediensprecher, sondern nimmt selbst auch an Aktionen teil. So war er einer der Aktivisten, die an Ostern an der Blockade am Gotthard teilnahmen. Leidtragende sind einfache Bürger, die in einen verdienten Kurzurlaub möchten. Für Voegtli und seine Kollegen von Renovate Switzerland ein unaushaltbarer Zustand.

Dabei würde sich für Renovate Switzerland ein Blick in die Zahlen lohnen. Ein Flug von Zürich über Paris nach Mexiko verursacht pro Person einen CO₂-Ausstoss von 1,6 Tonnen. Für dieselbe Menge könnte man 107-mal von Zürich nach Lugano fahren. Oder die gleiche Strecke 32-mal mit dem Flugzeug zurücklegen. Einsicht? Keine Spur. Für Renovate Switzerland handelt es sich um eine «mediale Hetzjagd gegen die Klimabewegung». Immerhin erklärt Voegtli, er habe die Entscheidung, eine Flugreise zu machen, als «Privatperson» getroffen. Er würde auch anderen Bürgern, die fliegen wollen, keinen Vorwurf machen. Offensichtlich vergisst der Sprecher von Renovate Switzerland dabei die diversen Aktionen an Flughäfen.

Die Reaktion von Renovate Switzerland und Max Voegtli offenbaren einen weiteren Aspekt der Klimabewegung: die Staatsgläubigkeit. Anstelle einer Vorbildfunktion soll der Staat mit Regulierungen und Verboten die Menschen an klimaschädlichem Verhalten hindern. Klima-Aktivisten sehen sich als Opfer der kapitalistischen Gesellschaft. Gezwungen zu Ferienreisen nach Mexiko. Dabei treffe sie keine

Schuld. Schuld ist alleine der Staat, welcher ihnen die Flugreise in den Urlaub noch nicht verboten hat. Die zwei-monatige Reise nach Mexiko ist also quasi ein Hilfeschrei von Max Voegtli. Die Geschichte hat einen positiven Aspekt: Das Verständnis für die Klima-Aktivisten dürfte bei der nächsten Klebeaktion deutlich kleiner werden.

Kein vernünftiger Bürger dürfte sich weiterhin von einem Klima-Aktivisten über die Notwendigkeit eines Klimanotstands belehren lassen. Der Gouvernanten-Stil verlangt eben doch eine gewisse Glaubwürdigkeit. Für den Klimaschutz bleibt zu hoffen, dass Max Voegtli und seinen Kollegen konsequent die Rechnung für den verursachten Polizeieinsatz in Rechnung gestellt wird. Dann bleibt hoffentlich nicht mehr genug Budget für Ferien in Mexiko.



von
Camille Lothe

RATSHERRENSCHIESSEN

Neuer Leiter Schiesswesen beim
Zürcher Ratsherrenschieszen

Daniel Wäfler
Kantonsrat SVP
Gossau

Nach dem Ratsherrenschieszen ist vor dem Ratsherrenschieszen. Im letzten Sommer fand der kantonale Traditionsanlass im Albisgüetli statt und das nächste Ratsherrenschieszen wird gemäß dem Zwei-Jahres-Turnus im Juli 2024 in Stäfa durchgeführt. Das Kuratorium, unter Vorsitz von Regierungsrat Ernst Stocker (SVP), hat die Vergabe an die Seegemeinde beschlossen und freut sich auf einen grossartigen Anlass in der geschichtsträchtigen Gemeinde Stäfa.

Mit dem Ratsherrenschieszen 2022 im Albisgüetli ging beim Kuratorium eine Ära zu Ende. Der langjährige Schiessoffizier Fritz Kilchenmann hatte seinen letzten Einsatz und konnte zusammen mit den Stadtschützen, wie immer in den vergangenen 30 Jahren, eine reibungslose Durchführung des Schiessbetriebes des 23. Ratsherrenschieszens sicherstellen. Neben einer ersten Verdankung mit grossem Applaus beim Absenden im Albisgüetli wurde Fritz Kilchenmann dann im Dezember noch speziell durch das Kuratorium gewürdigt und im Zürcher Rathaus verabschiedet. Das Zürcher Ratsherrenschieszen, aber auch der Zürcher Schiesssport hat dem heute 78 Jahre alten Fritz Kilchenmann viel zu verdanken. Dies wurde auch mit dem Abschiedsgeschenk, einer schönen Wappenscheibe, festgehalten.

Kontinuität der Schützentradition
ist mit Roman Neukom sichergestellt

Das Kuratorium freut sich, dass mit Roman Neukom wieder ein verdienter Schütze für das traditionsreiche Amt des «Schiessoffiziers» oder neusprachlich Leiter Schiesswesen gefunden werden konnte. Seit 2019 ist Neukom Mitglied des Kuratoriums und wurde von Fritz Kilchenmann sehr gut eingeführt. Roman Neukom ist 45 Jahre jung, verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder. Er ist aufgewachsen, wohnhaft und verwurzelt in Rafz. Dort begann er auch seine Karriere mit einer Verwaltungslehre auf der Gemeinde, aktuell ist er Leiter Key Account Management im Markt «Ge-



Fritz Kilchenmann mit der Wappenscheibe, welche ihm von RR Ernst Stocker und KR Daniel Wäfler überreicht wurde.

Bild: ZVG

meinde und Städte» bei der OBT AG. Seit 2018 sitzt er zudem im Gemeinderat von Rafz und steht dem Ressort Ressourcen (Finanzen) und Immobilien vor.

Es ist nicht verwunderlich, dass unter seinen Hobbies der Schiesssport an erster Stelle kommt. So kann Roman Neukom auf einige Erfolge im Schiesssport zurückblicken: 1. Rang ZU Unterländer Jugendschiessen, Bülach; 1. Rang und somit Schützenkönig vom Zürcher Knabenschiessen 1993; diverse Schweizermeister-Titel Gruppe und Sektion 300-m-Sportgewehr und diverse Siege an kantonalen Schützenfesten 300-m-Sportgewehr.

Doch auch im Vereinsleben ist er stark engagiert und amte 13 Jahre als Vizepräsident im Vorstand der ehemaligen Schützengesellschaft Rafz. Aktuell ist er Co-Präsident der Schützen Rafzerfeld, welche aus den fusionierten Vereinen des Rafzerfeldes entstanden sind. Mit dem Ressort Schiesswesen des Kuratoriums Zürcher Ratsherrenschieszens hat Roman Neukom nun eine weitere Herausforderung gefunden, welche er sicherlich mit dem gewohnten Elan meistern wird. Das Kuratorium freut sich auf das kommende Ratsherrenschieszen vom Juli 2024 in Stäfa und wünscht dem neuen Leiter Schiesswesen und dem Organisationskomitee vom RHS Stäfa viel Erfolg!



Das Kuratorium anlässlich der Übergabe im Zürcher Rathaus. Nicht dabei war Kantonsrat Martin Farner. V.l.n.r.: GR Roman Neukom, KR Daniel Wäfler, Fritz Kilchenmann, alt NR Max Binder und RR Ernst Stocker.

Bild: ZVG

SVP EGLISAU

Thomas Matter und Nina Fehr Düsel überzeugen in Eglisau

Trotz heissem Sommerwetter samt Gewitter strömen am Dienstagabend rund 60 Interessierte ins katholische Pfarreizentrum in Eglisau, um die Referate von Nationalrat Thomas Matter und Kantonsrätin Nina Fehr Düsel zu hören und mit ihnen zu diskutieren.

Wo drückt der Schuh in Eglisau und was unternimmt die SVP? Matter und Fehr Düsel schöpfen aus dem Vollen. Sie berichten kurzweilig und mit treffenden Beispielen aus der reichen Erfahrung ihrer parlamentarischen Ämter über aktuelle Themen.

Nachdem Thomas Matter rückblickend die Welt seines Grossvaters in Erinnerung gerufen hat, blickt er in die Gegenwart und die Zukunft mit dem immer grösseren Energiebedarf insbesondere aufgrund der masslosen Zuwanderung und der Asylmisere. Die Nachhaltigkeitsinitiative habe zum Ziel, dass es keine 10-Millionen-Schweiz gebe.

Nina Fehr Düsel gibt als Unternehmensjuristin kompetent Auskunft zu den Themen Verkehr, unter anderem der Umfahrung Eglisau. Als Mutter zweier Buben im Schulalter plädiert sie für die Vermittlung von Grundlagen und Lernfreude in der Volksschule – aber ohne Gendertage. Gegen die zunehmende Gewaltkriminalität braucht es Massnahmen.

In der intensiven und spannenden Diskussion kommen Fragen und Meinungsäusserungen zu verschiedenen Themen auf: die «unendliche» Umfahrung, die Stromknappheit, wo sie für modernste Kernkraftwerke statt Verhandlung der Schweiz plädiert, die



Nina Fehr Düsel und Thomas Matter gaben kompetent Auskunft. Bild: ZVG

Pistenverlängerung in Kloten und weitere Aktualitäten. SVP-Sektionspräsidentin Regula Peter steuert die Diskussion diskret und geschickt.

Beim offerierten und wegen vieler Gespräche verlängerten Apéro meint ein parteiloser Gast: «Zum Glück habe ich meine Schwellenangst überwunden. Ich hätte sonst viel verpasst.» Zufriedenheit auch unter den Referenten: «Ich war schon oft in Eglisau, aber

der erste Auftritt hier hat mich begeistert», so Thomas Matter. Nina Fehr Düsel ergänzt: «Es war schön, in meiner ersten Wohngemeinde aufzutreten, sogar mein früherer Schulbusfahrer Kurt Huber ist gekommen.» Dieser kontert: «Schon die kleine Nina hatte eine klare Stimme und konnte sich gut durchsetzen.»

Nicole Antener, Aktuarin

SVP SEKTION NIEDERGLATT

Dorffest Niederglatt – die SVP mittendrin!

Nach mehrmaliger Verschiebung konnte Niederglatt vom 16. bis 18. Juni 2023 sein Dorffest feiern. Die SVP Sektion Niederglatt war mit einer eigenen Standpräsenz vor Ort.

An unserem «Stammtisch» wurden die politischen Themen unserer Zeit diskutiert, und natürlich durfte das obligate Glücksrad mit kleinen Preisen nicht fehlen. Der eigentliche Anziehungspunkt war jedoch zweifellos die Kinderbaustelle. Die beeindruckend grossen Modelle eines Krans und eines Baggers mit realistischer Steuerung liessen die Herzen von Gross und Klein höher schlagen.

Keine Selbstverständlichkeit

Die Vorbereitung und Durchführung dieser aufwendigen Standpräsenz waren nur dank dem Effort der Mitglieder der Sektion Niederglatt machbar, wofür sich der Vorstand herzlich bedankt. Nicht weniger beeindruckend war die Bereitschaft zur Unterstützung seitens unserer Wahlkämpfer. In

einem Mehrschichtsystem unterstützen uns: Benjamin Fischer, Thomas Matter, Romaine Rogenmoser, Gregor Rutz, Therese Schläpfer, Stefan Schmid, Barba-

ra Steinemann, Mauro Tuena, Bruno Walliser und Adrian Wegmann. Auch ihnen ist die Sektion Niederglatt sehr dankbar für ihren grossartigen Einsatz!



Therese Schläpfer und Thomas Matter im Gespräch mit Interessierten. Bild: ZVG



Stefan Schmid, Benjamin Fischer und Peter Ruoss halfen bei der Organisation des Dorffests. Bild: ZVG

SVP STADT ZÜRICH 6

SVP am Oberstrass Mäart

Am vergangenen Samstag fand bei wunderbarem Wetter der traditionelle «Oberstrass Mäart» im Zürcher Stadtkreis 6 statt. Die SVP war mit einem Stand vertreten und bot dort ihr traditionelles Armbrustschiesen auf einen Apfel an.

Eine grosse Anzahl Kinder und auch Erwachsene haben die Herausforderung angenommen und den Apfel ins Visier genommen. Auch wenn es mehrheitlich Kinder waren, die sich an die Armbrust wagten, so war doch auch eine ältere Dame von rund 70 Jahren dabei, die unbedingt den Apfel abschiessen wollte.

Rund 150 Ballone mit SVP-Logo oder dem Schweizerkreuz konnten wir verteilen und das Fest noch farbenfroher machen. Ein kleines Mädchen von vier Jahren konnte mit Unterstützung der Mutter mehrere Pfeile abschiessen und ging mit dem Trostpreis von einigen Süssigkeiten fröhlich weiter. Der Stand wurde an diesem heissen Samstag

von Christiaan Neijzen, Benedikt Hoffmann, Thomas Monn, Colin Gasser, Beat Camen und Walter Anken besucht.



Der SVP-Stand am Oberstrass Mäart wurde fleissig besucht. Bild: ZVG

SVP OETWIL AM SEE

SVP Oetwil sagt Ja zur Rechnung 2022 an Parteiversammlung

Die Rechnung 2022 zeigt einen prächtigen Einnahmenüberschuss von rund 6,2 Mio. Franken. Allerdings gibt dieses Ergebnis einen etwas täuschenden Eindruck ab.

Denn die grossen Erträge kamen im Wesentlichen durch die Grundstück-Gewinnsteuern zustande. Dabei fallen die 3,5 Mio aus dem Verkauf des Tennis-Center-Grundstücks dominant ins Gewicht. Und dieser Verkauf wiederum kam insbesondere durch die Ablehnung des ursprünglichen Gestaltungsplans Schachenweid durch die SVP zustande.

Bei näherer Betrachtung müssen sodann die hohen Kosten in den Bereichen Bildung, Gesundheit (Pflegefiananzierung), soziale Sicherheit und Verwaltung erwähnt werden. Dabei zeichnet sich nur in einigen Ressorts eine befriedigende Disziplin ab. Es gibt ganz klar und dringend Verbesserungsbedarf. Die Versammlung beschloss aber dennoch einstimmig, der Rechnung zuzustimmen.

Die Anfrage «Kindergartenplanung» von Werner Bosshard wurde diskutiert und zur Kenntnis genommen. Hier ste-

hen sich Kosteneffizienz und andere, dezentrale, nicht unbedeutende Aspekte gegenüber. Insofern befriedigt die Antwort des Gemeinderates. Zu sehr interessanten Themen aus dem kantonalen Parlament wusste der Kantonsrat und Fraktionspräsident Martin Hübscher aus Wiesendangen sehr aufschlussreiche, aber auch belastende Entwicklungen aufzuzeigen.

Eugen Hunziker



Kantonsrat Martin Hübscher und Sektionspräsident Eugen Hunziker. Bild: ZVG

SVP BEZIRK HINWIL

Zürcher Oberländer Besuch im Bundeshaus

Im Zusammenhang mit den Kantonsratswahlen vom vergangenen Februar, hat die SVP Bezirk Hinwil einen Wahlwettbewerb veranstaltet.

Dank der regen Teilnahme aus der Mitte der Bevölkerung konnten aus einer grossen Zahl richtiger Antworten die über 20 Gewinnerinnen und Gewinner der Preise gezogen werden. Einer der Hauptpreise war der Besuch im Bundeshaus für zwei Personen, mit Abendessen, welcher von Jörg Kühne, Wetzikon, gewonnen wurde.

Am 14. Juni hat nun dieser Sessionsbesuch stattgefunden, welcher dem Ehepaar Kühne einen vertieften Einblick in die Schweizer Demokratie und den Parlamentsbetrieb der eidgenössischen Räte verschaffte. Neben den beiden Wettbewerbsgewinnern nahm eine Delegation der Wahlkommission der SVP des Bezirks Hinwil am Besuch im Bundeshaus teil. Angeführt von Kantonsrat Daniel Wäfler waren Bezirkspräsident René Schweizer und der Präsident der SVP Dürnten, Benjamin Stricker, dabei. Gastgeber war SVP-Nationalrat Bruno Walliser, Volketswil, der eine sehr interessante Führung durch das Bundeshaus machte und viele spannende Details zur Geschichte des Bundeshauses und zum aktuellen Politikbetrieb zu erzählen wusste.

Dabei traf die Delegation auch auf viele andere bekannte Polit-Persönlichkeiten und konnte viele interessante Gespräche führen.

Nach einem feinen Znacht im Bistro des Bundeshauses fuhr die Delegation wieder zurück ins Zürcher Oberland. Neben spannenden Eindrücken der Wettbewerbsgewinner nahmen die Nationalratskandidaten der Delegation auch den Ansporn mit nach Hause, für den Bezirk Hinwil schon bald wieder eine stärkere Vertretung nach Bern zu entsenden.



Wettbewerbsgewinner mit Volksvertretern. NR Mauro Tuena, KR Daniel Wäfler, Benjamin Stricker, René Schweizer und NR Bruno Walliser (v.l.n.r.). Bild: ZVG

Aktuelles aus Bundesbern

Informationsabend mit den Zürcher Nationalratskandidaten



Gregor Rutz
Ständeratskandidat



Alfred Heer



Mauro Tuena

Ebenfalls anwesend sind die Nationalratskandidaten:
Ueli Bamer, Kantonsrat
Susanne Brunner, Kantonsrätin
Camille Lothe, Präs. SVP Stadt ZH

Dienstag, 4. Juli 2023, ab 18.30 Uhr

Hotel Neufeld, Friesenbergstr. 15, 8055 Zürich

Auch Nicht-Mitglieder sind herzlich willkommen!
 Alle Anwesenden sind zu einem Imbiss eingeladen.

Liste 1 SVP
 svp-stadt-zuerich.ch

MEDIENPOLITIK

Staatliche Umerziehung für 335 Franken im Jahr

Letzte Woche wurde bekannt, dass die Halbierungsinitiative, die die Zwangsgebühren für die SRG von 335 auf 200 Franken reduzieren will, zustandegekommen ist. Gleichtags lieferte das Schweizer Fernsehen SRF gleich zwei Beweise, dass diese Initiative nötiger ist denn je.



Tobias Infortuna
Kantonsrat SVP
Egg b. Zürich

Vor einer Woche widmete sich die Sendung «10 vor 10» des Schweizer Fernsehens der Meldung aus Irland, dass die dortige Regierung beabsichtigt, 200 000 Rinder zu töten, um das Klima zu retten. Die sind irr, diese Iren, könnte man da denken. Nicht so das Schweizer Fernsehen, das das Töten von Kühen auch für die Schweiz zur Sprache brachte. Moderator Arthur Honegger, der vor allem als gegen die SVP rasender Reporter bekannt ist und mit seinen Flugreisen als Korrespondent aus aller Welt vermutlich schon mehr Schadstoffe verursacht hat als alle Rinder von Texas zusammen, fragte am Ende des Beitrages die Zuschauer, welche Lösung sie denn bevorzugen würden – Kühe töten, den Fleischkonsum reduzieren oder nur noch künstliches Fleisch aus dem Labor essen. Mehr als diese drei Möglichkeiten standen nicht zur Verfügung. Nachdem zahlreiche Zuschauer darauf hingewiesen hatten, dass sie aber weiterhin richtiges Fleisch geniessen möchten, antwortete Honegger, das sei keine Option. Die ideologische Denkweise der Aktivistin von Greenpeace, die im Beitrag mehrmals zu Wort kam, wurde eins zu eins übernommen. Das Schwei-

zer Fernsehen gefällt sich im Diktieren der richtigen Lebensweise. Es nimmt den Zuschauern das Denken für nur 335 Franken Zwangsgebühren im Jahr ab. Wie praktisch.

Viel zu viele Weisse ohne Color

Politischen Aktivismus legte letzte Woche auch eine andere Sendung von SRF an den Tag, die sich angeblich rassistischen Büchern widmete. Als Erstes genannt wurde Pippi Langstrumpf. Vermutlich nicht das Buch, das dem durchschnittlichen Zuschauer in den Sinn kommt, wenn er an Rassismus denkt. Befragt wurden in diesem Beitrag zwei Lehrerinnen und ein Bibliothekar der Pestalozzi-Bibliothek. Dieser wurde allerdings nicht Bibliothekar genannt, sondern gendergerecht «Person der Bibliothek». Alle drei zeigten sich entsetzt, dass in Kinderbüchern nur selten schwarze Kinder und Kinder «of color» vorkämen. Eine Studie habe ergeben, dass lediglich 9 Prozent der Hauptpersonen in Büchern schwarz seien. SRF rechnete und stellte erschüttert fest, dass folglich 91 Prozent der Hauptpersonen weiss seien.

Und das mitten in Europa! SRF geht vermutlich davon aus, dass die Personen in afrikanischen Geschichten je hälftig schwarz und weiss sind. Einerseits darf man Romane wie Winnetou nicht mehr lesen, andererseits wird nun beklagt, dass zu wenig verschiedene Hautfarben in unseren Büchern vorkommen würden. Wer das versteht,

dürfte gute Chancen auf eine Stelle als Redaktor bei «10 vor 10» haben.

Die beiden Lehrerinnen, die dem «Kollektiv Kritische Lehrpersonen» angehören, möchten in ihren Schulzimmern nur wertvolle Bücher auflegen. Dazu gehört zum Beispiel auch das Bilderbuch «Körper sind toll», in dem Zeichnungen zu sehen sind, auf denen Erwachsene aller Hautfarben und aller Geschlechterkombinationen mit Kindern nackt unter der Dusche stehen.

Warnhinweis für Pippi Langstrumpf

In der Zentralbibliothek werden angeblich rassistische Bücher wie Pippi Langstrumpf aussortiert oder mit einem Kleber auf der Umschlagseite versehen, auf dem gross «Rassistische Inhalte» steht. Zudem wird empfohlen, dass Kinder solche Geschichten nur noch in Begleitung Erwachsener lesen sollten. SRF liess die drei Aktivisten ohne kritische Frage zu Wort kommen. Jemand mit einer anderen Meinung wurde gar nicht erst interviewt.

Andere Gedanken sind nicht erwünscht. Ob Fleisch oder Bücher, unser Staatssender weiss immer, was für uns richtig ist. Aber wollen wir dafür wirklich 335 Franken im Jahr bezahlen? Für dieses Geld könnte man mindestens zehnmal eine Ausgabe von Pippi Langstrumpf kaufen und an Kinder verschenken, die noch nicht ideologisch verblendet sind. Danach bleibt sogar noch genug Geld übrig für ein paar saftige Steaks.



Zu viele Weisse? Auch Pippi Langstrumpf ist mittlerweile im Zielfernrohr der selbsternannten «Anti-Rassismus»-Garde. Bild: Wikipedia

FRIEDLICHE INVASION

Lebensfreude

Auf den Strassen des Berner Oberlandes sah ich plötzlich viele gemütlich daher und davon rollende Vespa-Fahrer.



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Ich erfuhr, dass zwischen dem 15. und 18. Juni in Interlaken ein internationales Vespa-Treffen stattfand – die «Vespa World Days». 4500 Teilnehmer mit ihren Vespa-Motorrollern bevölkerten den Talboden zwischen Thuner- und Brienersee.

Eine friedliche Grossinvasion. Da kamen ebenso freundliche wie zufriedene Menschen – abschätzig als die «kleinen Leute» bezeichnet – aus ganz Europa und darüber hinaus zusammen. Sie vereint die Liebe und die Pflege ihrer italienischstämmigen Vespa, die es seit 1946 gibt. Es handelte sich für einmal um ganz normale Menschen, die ein Leben ohne viel Aufwand führen. Sie leisten sich aber den Luxus der Leidenschaft zu ihrem Motorroller. Sie leben und verteidigen ihre kleine Freiheit, ihr kleines Eigentum,

ihre Mobilität an der frischen Luft und die Vespa-Verbundenheit.

Manche kleideten sich im Stil der Fünfzigerjahre, viele kamen mit einem Zelt oder im Wohnmobil. Unzählige Tage unbezahlter Vorbereitungszeit haben die Veranstalter in ihre Vespas und in diesen Anlass gesteckt, wofür sie einzig mit dem wunderschönen Sommerwetter belohnt wurden.

Höhepunkt bildete neben den Ausflügen eine Ausfahrt aller Teilnehmer auf den Flugplatz.

Auch gab es Schönheitswettbewerbe (nur für die Roller!). Eindrücklich war die Invasion der friedlichen Menschen und ihrer sauber herausgeputzten Fahrzeuge. Eine elegant gekleidete Dame aus den USA am Strassenrand – hier in den Ferien – meckerte: «Na, und das Klima?» Ich konnte sie beruhigen: «Selbst, wenn Sie glauben, das Klima werde durch CO₂ ganz wesentlich negativ beeinflusst, so wird sich das Klima wegen dieses Treffens nicht verändern.»

So oder so: Freuen wir uns an den friedlichen Menschen und an deren Lebensfreude!



Welt-Vespa-Treffen vor prächtiger Kulisse in Interlaken. Bild: Wikipedia

Bund der Steuerzahler
www.bds-schweiz.ch

Einladung zur Generalversammlung und zum öffentlichen Referat

Der Bund der Steuerzahler (BDS) lädt seine Mitglieder, sowie Sympathisanten und Interessierte herzlich zur diesjährigen Generalversammlung ein. Im Anschluss an die Versammlung offeriert der BDS allen Teilnehmern ein Apéro.

Mittwoch, 5. Juli 2023, 19.00 Uhr, MZH Stiftung zum Glockenhau (gleich neben dem Hotel Glockenhof), Sihlstrasse 33, 8001 Zürich

Um **20.15 Uhr** referiert Nationalrat Alfred Heer, Präsident BDS, zum Thema:

«Ist der Finanzplatz Schweiz am Ende?»

Der Bund der Steuerzahler – Im Einsatz für Sie!
Wir sind die unabhängige, gemeinnützige und parteipolitisch neutrale Schutzvereinigung aller Steuerzahler in der Schweiz. Unsere Mitglieder kommen aus allen Kreisen der Bevölkerung. Der BDS ist politisch aktiv und ergreift Initiativen und Resolutionen zu Ihren Gunsten und setzt sich für eine fairen Steuer- und Staatsquote ein. Mit Ihrem Engagement als Mitglied des BDS wird haushälterischer mit Steuergeldern umgegangen und die Ausgaben besser kontrolliert.

IBDS Der BDS interessiert mich. Bitte senden Sie mir weitere Informationen zu!

Vorname, Name _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

Daten, Unterschrift _____

Telefon senden an: BDS Schweiz, General-Office Str. 12, 8001 Zürich

Werden Sie Mitglied:
www.bds-schweiz.ch

Weite | Dichte | Identität

www.weite-dichte.ch

Podiumsgespräch

„Verdichtung oder Grenzen dicht?“

Bald zählt die Schweiz 10 Mio. Einwohner. Raum wird knapper, Wohnen immer teurer. Was ist zu tun? Dichter bauen? Zuwanderung bremsen? Verfahren beschleunigen und deregulieren? Mieten deckeln?

Diese Fragen diskutieren:

- › Martin Farner, Kantonsrat, FDP
- › Daniel Leupi, Stadtrat Zürich, Grüne
- › Gregor Rutz, Nationalrat, SVP
- › Céline Widmer, Nationalrätin, SP
- › Michael von Ledebur, Redaktor NZZ, Moderator

Zeit: Montag, 3. Juli, 18.00 Uhr

Ort: ZAZ Zentrum Architektur Zürich | Höschgasse 3, 8008 Zürich

Übertragung online unter:
<https://youtube.com/live/eMRFBjJqW48>

Fadegrad



von
Stefan Urech

«Liebe Kinder»

In einer schriftlichen Anfrage erkundigte sich der AL-Gemeinderat David Garcia Nunez beim Stadtrat darüber, ob an den Stadtspitälern die bei Juden und Muslimen üblichen Beschneidungen von Kindern und Jugendlichen durchgeführt werden. Gleichzeitig äusserte er sich sehr kritisch über diese religiöse Praxis. Es handle sich um einen «Eingriff in die körperliche, geschlechtliche sowie sexuelle Integrität und Selbstbestimmung». Besonders stossend findet er, dass diese Operation «oftmals an nicht urteilsfähigen Kindern» durchgeführt werde. Weiter betonte er, dass die Beschneidung «nicht rückgängig gemacht werden» könne und «mit lebenslangen Folgen verbunden» sei. Vom Stadtrat wollte David Garcia wissen, ob die Ärzte an den Stadtspitälern Kinder und Eltern vor einer Beschneidung über mögliche Folgen aufklären und welche weiteren Massnahmen ergriffen würden, um diese von ihrem Vorhaben abzubringen. Eine davon schlägt er gleich selber vor: Es soll «Kontakt mit anderen Eltern, die sich gegen einen solchen Schritt entschieden haben» hergestellt werden. Der Kinderschutz und die körperliche Selbstbestimmung der Kinder beschäftigt den (kinderlosen) AL-Politiker, der sich selbst als Transmensch identifiziert, seit längerem. Seine Sorgen um die langfristigen Folgen von operativen Eingriffen am kindlichen Körper scheinen allerdings bei seiner eigenen Religion, der Transideologie, zu verblassen. Die Wissenschaft beweise, behauptet er, dass Jugendliche sich nicht etwa aus einer Laune heraus ihre Geschlechtsteile operieren liessen. Kinder könnten bereits im Alter von zwei Jahren eine verlässliche Aussage machen, «ob sie sich als Mann oder als Frau fühlen». Wer es wagt, diese «wissenschaftliche Erkenntnis» zu hinterfragen, wird von Garcia auf Twitter als «Faschist» klassifiziert. In Zeitungsinterviews wünscht er sich «eine Gesellschaft, die den Kindern bei der Geburt nicht sofort ein Geschlecht zuweist». Auf seinem Twitter-Account, auf dem er seine Follower in jedem Tweet mit der ungewöhnlichen Anrede «Liebe Kinder» anspricht, propagiert er regelmässig, dass Kinder und Jugendliche, die sich im falschen Körper fühlten, möglichst früh bei ihrem Wunsch nach einer Geschlechtsumwandlung bestätigt und unterstützt werden sollten. Diese hat bei Kindern und Jugendlichen, die in dieser Sache oft noch unsicher und beeinflussbar sind, fast immer irreversible medizinische Folgen. Im Gegensatz zu den Beschneidungen nimmt der AL-Gemeinderat diese aber problemlos in Kauf. In einem Artikel von «20 Minuten» wird der Fall einer Frau erwähnt, die sich im Alter von 13 Jahren die Brüste amputieren liess und diese Entscheidung inzwischen bereut. Dazu befragt, verglich er diesen Eingriff mit einer Schönheits-«Nasenoperation» einer erwachsenen Frau: welche eine unverschämte Banalisierung.

Die Volksschule als linker Kampfplatz

Die Linken missbrauchen die Volksschule für ihre Propaganda. Sie zielen bewusst auf leicht beeinflussbare Kinder. Zum Beispiel machte eine Primarschule eine Mottowoche mit dem Thema «Geschlechtertausch». «Schüler*innen» ist eine verbreitete Ansprache. Die Stadt Zürich baut flächendeckend geschlechtsneutrale Toiletten ein. Der Gender-Gaga als linker Kulturkampf schlägt mit voller Wucht in der Volksschule ein.



Samuel Balsiger
Fraktionspräsident SVP
Zürich

Die öffentliche Schule muss politisch neutral sein. Im Artikel 116 der Kantonsverfassung steht: «Kanton und Gemeinden führen qualitativ hochstehende öffentliche Schulen. Sie sind konfessionell und politisch neutral.» Politische Propaganda ist verboten. Das interessiert radikale Strömungen aus der linken Ecke aber nicht. Ein weiteres Beispiel: Ich war am 14. Juni 2023 vor Ort, als Lehrerinnen zu Beginn der 10-Uhr-Pause auf dem Schulgelände mehrere Werbebanner vom sogenannten «Feministischen Streik» aufhängten (siehe Bild). Warum werden Schulkinder mit radikalfeministischer Propaganda belästigt?

Linke missachten die Verfassung

Ich wies mich als Gemeinderat aus, der diese Aktion in die Öffentlichkeit tragen werde. Die anwesenden Schulangestellten erlaubten mir ausdrücklich, Bilder von der Aktion zu machen. Die Schulleitung sei über das Aufhängen der Werbebanner nicht informiert, was aber nicht heisse, dass sie gegen die Aktion sei. Dass die Aktion gegen den Artikel 116 der Kantonsverfassung verstösst, sei egal. Unter den Lehrerinnen seien die Werbebanner verteilt worden. Ob die politischen Werbebanner auch im Schulhaus hängen, konnte ich nicht kontrollieren – es ist jedoch zu befürchten.

Woke-Feministinnen können sich alles erlauben

Aufgrund dieses Vorfalls hat die SVP im Gemeinderat verschiedene Fragen an die Stadtzürcher Regierung eingereicht. Zum Beispiel: Welche Konsequenzen wird das Aufhängen der politischen Werbebanner auf dem Schulgelände nach sich ziehen? Inwiefern betrifft diese politische Aktion auch das Personalrecht? Wie will der Stadtrat sicherstellen, dass die Kantonsverfassung endlich auch in allen Schul-

häusern der Stadt Zürich umgesetzt wird? Man stelle sich vor, welches Mediengeschrei losginge, würden Lehrer während des Schulbetriebes vor den Kindern politische Werbung der SVP aufhängen. Aber Linke und Radikalfeministinnen können sich scheinbar alles erlauben.

Nationalratswahlen als Zeitenwende

Am 22. Oktober 2023 finden die nationalen Wahlen statt. Das ist der Zeit-

punkt, an dem wir den ganzen linken Irrsinn endlich stoppen können. Eine bürgerliche Wende ist möglich. Die nationale Politik kann wieder zurück zur Vernunft und zu den Werten finden, welche die Schweiz zu einem der grossartigsten Länder der Welt gemacht haben. Dafür braucht es aber eine vollständige Mobilisierung aller unserer Kräfte. Wer genug davon hat, die Faust im Sack zu machen, der muss auch etwas tun. Beteiligt euch am Wahlkampf, verteilt Flyer, helft bei Standaktionen mit, schreibt Leserbriefe und vor allem: Geht am 22. Oktober wählen und nehmt eure Familien und Freunde mit. Für eine sichere Zukunft in Freiheit!



Lehrerinnen hängen während der 10-Uhr-Pause politische Propaganda vor den Kindern auf. Diese Aktion verstösst gegen den Artikel 116 der Kantonsverfassung. (Die Schulkinder sind bewusst nicht im Bild)

Bild: ZVG

AUS DEM DÜBENDORFER GEMEINDERAT

Temporeduktionen vors Volk – Dübendorfer sagen deutlich JA

Die Volksinitiative der SVP Dübendorf «Mitbestimmen bei Temporeduktionen» wurde mit 54,23 % angenommen. Neu kann die Bevölkerung über Temporeduktionen bestimmen.



Patrick Walder
Kantonsrat SVP
Dübendorf

Warum die Initiative?

Bereits dreimal (2004, 2013 und 2021) lehnte die Dübendorfer Stimmbevölkerung die grossflächige Einführung von Tempo 30 ab. 2021 überdeutlich mit 59,4 Prozent Nein, bei einer Stimmbeteiligung von 52,8 Prozent. Mit diesem Nein verhinderte das Stimmvolk die Einführung von 16 fix geplanten Tempo-30-Zonen. Die Pläne waren mit der Abstimmung aber nicht vom Tisch.

Gemäss Gemeindeordnung hat der Stadtrat die Kompetenz, Zone um Zone im Alleingang umzusetzen. Aufgrund der Erfahrungen und der Aussagen des Stadtrats musste davon ausgegangen werden, dass er dies tun und seine Salamtaktik fortsetzen wird. Gemäss Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf geht die Finanzkompetenz des Stadtrats bis CHF 300'000 pro Einzelprojekt. Deshalb ist es illusorisch, dass Parlament und Stimmvolk jeweils etwas zu einzelnen Temporeduktionen zu sagen haben, denn einfache Temporeduktionen kosten weit weniger. Oft muss dann jedoch nach rund einem Jahr auf Geheiss der Kantonspolizei, wenn die neuen Tempolimiten zu wenig eingehalten werden, mit baulichen Massnahmen nachgebessert werden. Diese Massnahmen werden gemäss Erfahrung als gebunden taxiert und fallen somit abermals in die Kompetenz des Stadtrats. Aus die-

sem Grund lancierte die SVP Dübendorf die Volksinitiative «Mitbestimmen bei Temporeduktionen». Die Initiative fordert, dass der Stadtrat jede Temporeduktion auf Gemeindestrassen, unabhängig von der Investitionshöhe, durch den Gemeinderat bewilligen lassen muss. So hat die Bevölkerung die Möglichkeit, bei einem strittigen Entscheid des Stadtrats oder des Gemeinderats das Referendum zu ergreifen und eine Abstimmung zu erzwingen.

Zusammengefasst: Dank der SVP-Initiative hat jede Dübendorfer Stimmbürgerin und jeder Stimmbürger die Möglichkeit, Temporeduktionen an die Urne zu bringen. Ziel der Initiative ist nicht, dass jede Temporeduktion vors Volk kommt. Gegen sinnvolle Massnahmen, z. B. bei Schulen, die vom Gemeinderat mitgetragen werden, wird die Bevölkerung kaum das Referendum ergreifen. Aber bei unsinnigen Temporeduktionen, auf Hauptverkehrsachsen sowie Durchgangs- und Sammelstrassen, sollen sich Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wehren können.

Der Abstimmungssonntag

Am 18. Juni kam die Initiative zur Abstimmung. Die SVP Dübendorf trat gegen alle anderen Parteien, den Gemeinderat und den Stadtrat an. Trotzdem sagten deutliche 54,23 % JA zur Initiative.

Dass die SVP mit dieser Initiative den Puls der Bevölkerung gespürt hat, beweist der Abgleich mit den letzten Gemeinderatswahlen. Mit den 54,23 % JA-Stimmen wurde der damalige Wähleranteil um fast 30 % übertroffen. Innerhalb zweier Jahre ist das die zweite

Volksinitiative, welche die SVP Dübendorf gewinnen konnte.

Wie geht es nun weiter?

Die Initiative der SVP Dübendorf ist als allgemeine Anregung formuliert. Das bedeutet, dass der Stadtrat eine Umsetzungsvorlage ausarbeiten muss. Dabei besteht immer die Gefahr, dass versucht wird, eine Initiative abzuschwächen. Da der Stadtrat aber beim Thema Tempo-30-Zone bereits vier Mal gegen die SVP verloren hat, gehen wir davon aus, dass er das Stimmvolk diesmal ernst nimmt. Um dies zu forcieren, hat die SVP den Stadtrat eingeladen, vor Ausarbeitung der Vorlage mit den Partei- und Fraktionsspitzen zusammenzukommen. An diesem «runden Tisch» soll es der SVP möglich sein, die roten Linien zu defi-

nieren. Sollten Stadtrat oder Parlament diese überschreiten, wären wir allenfalls gezwungen, das Volk erneut einzuschalten.

SVP steht ein für Mobilitätsfreiheit

Mit der ÖV-Initiative, der soeben eingereichten Mobilitätsinitiative, der Parkplatzinitiative in Uster und auch der Mitbestimmungs-Initiative in Dübendorf, um einige Beispiele zu nennen, beweist die SVP nicht nur auf kantonaler, sondern auch auf kommunaler Ebene, dass ihr die Mobilitätsfreiheit wichtig ist.

Dies bedeutet, Art und Weise der Mobilität sollen frei gewählt werden können und der Autoverkehr soll nicht durch unnötige neue Schikanen behindert werden. Dies hilft allen Verkehrsteilnehmern, insbesondere auch dem Gewerbe. Daher steht fest – wer freie Fahrt will, wählt SVP!



Die Linke treibt Tempo 30 aus ideologischen Gründen voran. Doch Temporeduktionen sind nicht überall sinnvoll.

Bild: Wikipedia

MEDIENKRITIK

Gegen den journalistischen Mainstream

Der Mainstream-Journalismus ist nicht neutral, sondern Partei. Dies lässt sich leicht anhand zahlreicher Beispiele zeigen.



Hansruedi Stahel
Vizepräsident
SVP Turbenthal

Er ist intelligent, dossiersicher, leistungsorientiert, pragmatisch und besitzt ein phänomenales Fachwissen. Trotzdem ist er für die linke Mainstreampresse eine fragwürdige Person. Ich spreche von Yves Bichsel, dem neuen Generalsekretär des «Uvek». «Hilfe ein Christ», betitelte eine Schlagzeile seine Berufung. Oder: «Gott wies ihm den Weg in die SVP». Yves Bichsel hat dies nie gesagt. Diese Message ist eine diffamierende Unterstellung. Er betonte als Mitglied einer Freikirche nur, dass er sich von Gott geführt fühle. Das ist auch die Überzeugung von Millionen Muslimen und Juden. Stellt Euch vor, eine bürgerliche Zeitung publizierte: «Hilfe ein Moslem!» oder «Hilfe ein Jude!» Wenn ein Schweizer Christ seine religiöse Überzeugung publik macht, gilt er bei der Mainstreampresse bereits als fragwürdig. Selbst die NZZ hat dies nur halbherzig kommentiert. Meine Hoffnung, dass irgendjemand gegen diese Anschuldigungen Partei ergriffe, hat sich leider in Luft aufgelöst.

Keine mediale Empörung über Linksextremismus

«Eine enthemmte Polizei stürmte in Basel die 1.-Mai-Kundgebung, deckte Arbeiter:innen und Familien mit Reizgas ein», schrieb die WOZ im Mai. «An Absurdität nicht zu überbieten» sei der Polizeieinsatz gewesen, so die türkisch-schweizerische Doppelbürgerin und sozialdemokratische Nationalrätin Sibel Arslan. Ihre Aussage zeigt die heimliche Sympathie der Linksparteien mit den Vandalen und die versteckte Tolerierung, ja gar Komplizenschaft der Randalierer durch die mainstreamgelakten und staatlich finanzierten Massenmedien.

Die politischen Zöglinge der Sozialdemokraten, die JUSO, sind der Meinung, dass es sich bei der Polizei so oder so um eine rassistische Institution handle, welche längerfristig abgeschafft werden müsse. Liebe Leserin, lieber Leser, habt Ihr irgendeine Pressenachricht gefunden, welche sich gegen diese nicht akzeptierbare Verunglimpfung zur Wehr setzte?

Am 16. Januar 2023 gab der Lehrerinnen- und Lehrerverband LCH das Resultat einer Umfrage bei 6700 Lehrkräften bekannt. Zwei Drittel der Befragten gaben an, das sie in den vergangenen fünf Jahren Mobbing, Beleidigungen, Drohungen, Beschimpfungen oder sogar körperlichen Angriffen ausgesetzt waren. Eigentlich hätte ein Aufschrei durch

unser Land hallen sollen!? Warum ist diese Meldung bei der Mainstreampresse kein Thema?

Bevor ich zum nächsten Thema komme, möchte ich etwas betonen. Der Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine ist ein völkerrechtswidriges Verbrechen. Präsident Putin hat mit seinem Vorgehen die grösste und gefährlichste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg provoziert. Aber genau deshalb muss nach einer Lösung gesucht werden. Man darf sich aber auch die Frage stellen, wie der Westen reagierte, wenn Mexiko ein Militärbündnis mit Russland schloss oder ob die amerikanischen Angriffe auf Nordvietnam, Afghanistan und den Irak nicht auch als völkerrechtswidrig, mit allen rechtlichen Folgen, bezeichnet werden müssten.

Armeeabschaffer als Sicherheits-Hardliner

«Stellt euch vor, es ist Krieg und niemand geht hin.» Können Sie sich noch erinnern? Am 31. Oktober 2010 stimmte die SP folgendem Parteiprogramm zu. «Die SP setzt sich für die Abschaffung der Armee ein. Bis dieses Ziel erreicht ist, soll die Schweizer Armee massiv ab- und umgebaut werden.» Die Helden der Stunde waren Cédric Wermuth und seine JUSO-Gefolgsleute. Genau die, welche heute Kugeln mit dem Aufdruck «Made in Switzerland» in die Ukraine liefern wollen. Und für diese Haltung von der linksideologischen Mainstreampresse als Helden gefeiert werden. «Zu Recht hielt NZZ-Chefredaktor Eric Gujer darin fest, dass sich die Auseinandersetzung immer mehr zu einem Krieg zwischen der NATO/USA und Russ-

land entwickelt. Es ist unerträglich, wie die verantwortungslosen Mainstream-Medien mit ihrem Kriegsgeheul in diesem Spiel mitspielen und jeden ausgrenzen und diffamieren, der das Wort «Frieden» überhaupt öffentlich zu äussern wagt. Wenn das Wort Frieden nicht mehr ausgesprochen werden darf, so zündeln diese Kreise an einem neuen Weltbrand.»

Parteischer Mainstream

Der Mainstreamjournalismus ist nicht objektiv. Er ist parteipolitisch indoktriniert und richtet sich nach der Meinung von einigen wenigen, welche ihre Botschaft als allein selig machend in die Welt hinausposaunen. Dieser Journalismus erfindet stets neue absurde Themen wie etwa das «kulturelle Aneignungs»-Theater, mit welchem uns vorgeschrieben wird, wie wir uns zu kleiden haben und welche Frisuren für uns «Urschweizer» und «Urschweizerinnen»

noch erlaubt sind. Der von unseren steuerfinanzierten Staatsmedien zelebrierte Mainstreamjournalismus zerstört unsere Traditionen, Werte und unsere Kultur. Wobei man sich natürlich auch fragen muss, an welche Leitkultur sich Ausländerkinder halten sollen, wenn es keine Schweizerkinder an den Schulen mehr gibt.



Die Mainstreampresse wird ihrem Neutralitätsanspruch nicht gerecht.

Bild: Pixabay

Ihr Immobilienraum?

www.immobilientraum.info

aktuell im Verkauf

Projektankündigungen

„Haben Sie ein Grundstück, auf dem Immobilienräume verwirklicht werden können?“

Melden Sie sich bei mir: ulrich.bottiger@indopartner.ch
+41 52 215 89 00

Dein Inserat in unserem Festführer

Nimm jetzt die Gelegenheit war und wird ein Teil vom 40. SVP-Schiessen in Fischenthal.

Sende dein Inserat oder deine Fragen an rene.schweizer@baumerfladen.ch

Weitere Infos: svp-oberland.ch

SVP Bezirk Himml
www.svp-oberland.ch

Indo Partner
2000 Wäldlistr.
8000 Zürich

Indo Partner (AG) AG
Indo Partner (AG) AG
Indo Partner (AG) AG

Indo Partner (AG) AG
Indo Partner (AG) AG
Indo Partner (AG) AG

Indo Partner (AG) AG
Indo Partner (AG) AG
Indo Partner (AG) AG

Dein Inserat in unserem Festführer

Nimm jetzt die Gelegenheit war und wird ein Teil vom 40. SVP-Schiessen in Fischenthal.

Sende dein Inserat oder deine Fragen an rene.schweizer@baumerfladen.ch

Weitere Infos: svp-oberland.ch

SVP Bezirk Himml
www.svp-oberland.ch

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, im UG Restaurant «Vis-à-Vis», Zürichstrasse 47, Bachenbülach.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, von 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant «La Torre», Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 bis 22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, Seestrasse 37, Stäfa.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 bis 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Horgen
Donnerstag, 6. Juli 2023, 19.00 Uhr, Bezirkshöck, Restaurant Etzliberg, Etzlibergstrasse 14, Thalwil.

Bezirk Meilen/Zollikon
Freitag, 30. Juni 2023, 18.00 bis 21.00 Uhr, Zürichsee-Fischessen, Fischerhüsliareal, Seestrasse 2, Zollikon, mit Nationalrat Alfred Heer.

Samstag, 1. Juli 2023, 18.00 bis 21.00 Uhr, Zürichsee-Fischessen, Fischerhüsliareal, Seestrasse 2, Zollikon, mit Nationalrat Alfred Heer.

Stadt Zürich/Kreis 7 und 8
Freitag, 30. Juni 2023, bis Samstag, 1. Juli 2023, SVP-Stand am Seefeld-Fest, beim GZ Riesbach, Seefeldstrasse 93, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 1. Juli 2023, 09.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 15. Juli 2023, 09.00 bis 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Junge SVP Kanton Zürich
Freitag, 7. Juli 2023, 19.00 Uhr, Besuch am Züri Fäscht, Treffpunkt Bahnhof Tiefenbrunnen, Zürich. Anmeldung an vontobel@jsvp-zh.ch.

BUNDESFEIERN

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Montag, 31. Juli 2023, 18.30 Uhr, Hof der Familie Weiss, Dachenmasstrasse 50, Bonstetten, mit Nationalrat Benjamin Fischer.

Bezirk Bülach/Wallisellen
Montag, 31. Juli 2023, 18.00 Uhr, Festzelt beim Stadthaus, Wallisellen, mit Stadtrat Thomas Eckereder.

Bezirk Bülach/Wasterkingen
Dienstag, 1. August 2023, 18.30 Uhr, Schützenhaus, Wasterkingen, mit Nationalrätin Barbara Steinemann.

Bezirk Dielsdorf/Dänikon
Dienstag, 1. August 2023, 19.00 Uhr, Schützenhaus, Dänikon, mit Kantonsrat Markus Bopp.

Bezirk Dielsdorf/Niederglatt
Dienstag, 1. August 2023, 18.00 Uhr, Eschenberg, Niederglatt, mit Kantonsrätin Romaine Rogenmoser.

Bezirk Dielsdorf/Otelfingen
Dienstag, 1. August 2023, 20.00 Uhr, Golfpark, Otelfingen, mit Kantonsrat Markus Bopp.

Bezirk Dietikon/Oetwil an der Limmat
Dienstag, 1. August 2023, 21.00 Uhr, Limmatwiese Bonächer, Oetwil an der Limmat, mit Nationalrat Alfred Heer.

Bezirk Dietikon/Unterengstringen
Dienstag, 1. August 2023, 11.30 Uhr, Gut Sonnenberg, Unterengstringen, mit Kantonsrat André Bender.

Bezirk Hinwil/Seegräben
Dienstag, 1. August 2023, 13.00 Uhr, Wiese in Aathal, Seegräben, mit Nationalrat Alfred Heer.

Bezirk Uster/Egg
Dienstag, 1. August 2023, 12.15 Uhr, Dorfplatz, Egg, mit Ständeratskandidat Gregor Rutz.

Bezirk Winterthur/Hettlingen
Dienstag, 1. August 2023, 12.00 Uhr, Mehrzweckhalle, Hettlingen, mit Kantonsrat Tobias Weidmann.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701
Der Zürcher Bote ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch. **Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Mattia Mettler, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Insertenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Mattia Mettler, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, inserate@svp-zuerich.ch. **Insertenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

Kanton Bern
Montag, 31. Juli 2023, 14.00 Uhr, Tellspielareal, Matten bei Interlaken, mit alt Bundesrat Christoph Blocher. Anmeldung unter www.proschweiz.ch.

Donnerstag, 17. August 2023, 18.30 Uhr, Wahlauftakt der SVP des Kantons Zürich, weitere Informationen folgen.

Samstag, 26. August 2023, 10.30 bis 14.30 Uhr, Wahlauftakt der SVP Schweiz, Swiss Life Arena, Vulkanstrasse 130, Zürich-Altstetten. Anmeldung unter www.svp.ch.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Mittwoch, 5. Juli 2023, 19.00 Uhr, Generalversammlung Bund der Steuerzahler (BDS), MZH Stiftung zum Glockenhaus, Sihlstrasse 33, Zürich, mit Referat von Nationalrat Alfred Heer. Anschliessend Apéro.

Freitag, 22. September 2023, bis Sonntag, 24. September 2023, SVP-Schiessen 2023, Vorschiesen am Freitag, 15. September 2023, Schiessanlage Oberhof, Tösstalstrasse 448, Fischenthal. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-oberland.ch/svp-schiessen-23.h.

Dienstag, 11. Juli 2023, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich, Best Western Hotel Spirgarten, Lindenplatz 5, Zürich-Altstetten.

Ständeratskandidat Gregor Rutz im Einsatz

Sonntag, 2. Juli 10:00
Pauzenmorge in Dübendorf mit Gregor Rutz und Kantonsrat Patrick Walder (Anmeldung an veranstaltungen@svp-duabendorf.ch) Bauernhof Buanstr. 11, 8600 Dübendorf

Montag, 3. Juli 18:00
«Verdichtung oder Grenzen dicht?» Podium mit Gregor Rutz, Nationalrätin Cécile Widmer (SP), Kantonsrat Martin Fomer (FDP) und Stadtrat Daniel Leupi (Grüne) ZAZ Bellerive, Zentrum Architektur Zürich, Höschgasse 3, 8008 Zürich

Dienstag, 4. Juli 18:30
Aktuelles aus Bundesbern Sessionsrapport mit Gregor Rutz sowie den Nationalräten Alfred Heer und Mauro Tuena Hotel Neufeld, Friesenbergstr. 15, 8055 Zürich

Dienstag, 13. Juli 16:30
Lehrabschlussfeier Laboranten EFZ Farbe/Lack Ansprache von Gregor Rutz Kongresszentrum, Liebestrasse 3, 8400 Winterthur



JA ZUR SCHWEIZER NEUTRALITÄT

DIE NEUTRALITÄTSINITIATIVE

- Freiheit und Selbstbestimmung sichern
- Sicherheit, Frieden und Wohlstand bewahren
- Gute bilaterale Beziehungen zu allen Staaten pflegen

neutralitaet-ja.ch

